

Abfallgebühren soll sinken

Die Thunerinnen und Thuner sollen künftig 15 Prozent weniger Kehrichtgrundgebühren zahlen müssen

In einer Motion fordert SP-Stadtrat Patric Bhend den Gemeinderat auf, die Abfallgebühren für private Haushalte um 15 Prozent zu senken. Der Gemeinderat findet dies «verkräftbar», entscheiden muss aber noch das Parlament.

MIREILLE GUGGENBÜHLER

Die Tarife für Abfall, Abwasser und Wasser der 120 grössten Gemeinden in der Schweiz hat der eidgenössische Preisüberwacher Rudolf Strahm einem Vergleich unterzogen. Die Resultate wurden im Januar veröffentlicht. Fazit des Vergleichs: Die Stadt Thun gehört bezüglich der Abfallgebühren für Privathaushalte zu den teuersten Gemeinden in der Schweiz.

SP-Stadtrat Patric Bhend hat den Vergleich des Preisüberwachers nun dazu benutzt, um mittels einer Motion die Senkung der Abfallgebühren um 15 Prozent zu fordern. Bereits einmal hatte Bhend einen Vorstoss dazu eingereicht, in welchem er den Gemeinderat aufforderte, zu prüfen, in welchem Umfang eine Gebührensenkung möglich wäre. Das damalige Postulat zog er aber zurück, da der Gemeinderat in seiner Antwort nicht auf das «Kernanliegen» des Vorstosses eingegangen sei, wie Bhend sagt.

Der Gemeinderat argumentierte damals gegen eine Gebührensenkung.

«Oberflächlicher Vergleich»

Auch jetzt ist der Gemeinderat im Grundsatz anderer Meinung als Bhend: Angebot und Kosten müssten einander direkt gegenübergestellt werden, dies komme in einem «reinen, oberflächlichen Gebührenvergleich nicht zum Ausdruck», schreibt der Gemeinderat in seiner Antwort.

Die Exekutive weist zudem darauf hin, die Stadt verfüge über ein umfangreiches, kundenfreundliches Dienstleistungsangebot, welches über den «minimalen Leistungsstandard vieler Gemeinden» hinausgehe. Zu diesem Angebot zählt die Stadtregerung unter anderem den bedienten Abfallsammelhof, die Separatsammlungen für Papier, Metall und Karton, die Quartiersammelstellen oder den Abfallunterricht an der Volksschule.



Teurer Müll in Thun trotz eigener Kehrichtverbrennungsanlage vor der Haustüre.

FRANZISKA SCHEIDEGGER

Mittlerweile liegt nun aber der Rechnungsabschluss der «Spezialfinanzierung Abfallentsorgung» vor. Und diese Rechnung schliesst mit einem Gewinn von über einer halben Million Franken ab. Bei einem solchen Rechnungsergebnis kommt nun offenbar auch der Gemeinderat nicht umhin, über eine Gebührensenkung nachzudenken. Per Ende Dezember 2007 lagen in der Kasse der Spezialfinanzierung zudem insgesamt 1,7 Millionen Franken. Eine «generelle Senkung der Grundgebühr» um 15 Prozent bezeichnet die Stadtregerung deshalb als «verkräftbar».

Bis anhin mussten die Thuner folgende Kehrichtgrundgebühren entrichten:

Für eine 1,5- bis 2,5-Zimmer-Wohnung mussten 71.40 pro Jahr bezahlt werden, für eine 2- bis 3,5-Zimmer-Wohnung 100.80, für eine 4- bis 4,5-Zimmer-Wohnung 121.80, für eine 5- bis 5,5-Zimmer-Wohnung 142.80, und für 6 und mehr Zimmer bezahlte man 163.80.

Für ein Einfamilienhaus bis und mit 3,5 Zimmer mussten zudem 126 Franken bezahlt werden, für 4-

30 Städte im Vergleich

Bereits im Jahr 2006 veröffentlichte der Preisüberwacher einen Gebührenvergleich für Wasser, Abwasser und Abfall. Verglichen wurden die 30 grössten Schweizer Städte. Im Kanton Bern wurden die Städte Bern, Biel, Thun und Köniz für den Vergleich berücksichtigt. Die Gebühren aller vier Städte liegen dabei im oberen Preissegment, zeigte der Vergleich. Während Biel und Bern bezüglich der Gesamtbelastung zu den obersten fünf Städten gehören, liegen Thun und Köniz im oberen Mittelfeld. Bereits damals ist die Stadt Thun allerdings durch ihre vergleichsweise hohen Abfallgebühren aufgefallen. In Biel hingegen führt die offene Aufbereitung von Seewasser zu sehr hohen Wassergebühren. (gum)

In Bern kein Thema

Die Abfallrechnung der Stadt Bern weist Verluste von jährlich rund sechs Millionen Franken auf. Das Abfallreglement, das seit Frühling 2007 in Kraft ist, brachte zum Teil happige Gebührenerhöhungen. Wie Thun rangiert die Stadt Bern im erwähnten Tarifvergleich des Preisüberwachers denn auch deutlich über dem Durchschnitt. Eine Senkung der Grundtaxen ist aber kein Thema. «Entscheidend für die Höhe der Gebühren sind die Dienstleistungen», sagt Stefan Schwarz, Generalsekretär der Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS). Und diese seien in Bern hervorragend. Anderer Ansicht ist die SVP: «Bern bietet minderwertige Entsorgung zu Höchstpreisen», sagt Stadtrat Peter Bernasconi. (bob)

bis 5,5 Zimmer-Häuser 178.55, und ab 6 Zimmern pro Haus bezahlten die Thuner 204.75.

Die Senkung dieser Grundgebühren sind aber laut Gemeinderat nicht nur aufgrund des Gewinns der Spezialfinanzierung möglich.

Auch die Avag senkt die Preise

Bei der zuständigen regionalen AG für Abfallverwertung, der Avag, will man nämlich per 1. Januar 2009 den Entsorgungspreis pro Tonne Abfall senken, wie Avag-Geschäftsführer Heiner Straubhaar bestätigt. Um wie viele Franken pro Tonne dieser Preis sinken soll, kann Straubhaar allerdings noch nicht sagen. Vermutlich seien es aber mehr als die 10 Franken pro Tonne, von denen der Gemeinderat in der Motionsantwort schreibt.

Bis jetzt bezahlte die Stadt Thun der Avag für die Entsorgung einer Tonne Abfall 235 Franken. Ab dem 1. Juli 2008 zahlt sie noch 225 Franken pro Tonne – und ab 2009 soll der Preis also noch einmal sinken.

Das Thuner Parlament wird nächste Woche über die definitive Gebührensenkung befinden.

440 Fahrzeuge sind zu ersteigern

THUN In Thun werden am kommenden Mittwoch zum 52. Mal ausgediente Fahrzeuge der Armee versteigert. 441 Fahrzeuge stehen für die Gant bereit. Die beiden ältesten sind zwei Dodges WC mit Jahrgang 1948. Das jüngste angebotene Fahrzeug ist ein Opel Astra mit Jahrgang 2004. Nach Angaben des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) reichen die Schatzungspreise für die 441 verkäuflichen Fahrzeuge von ein paar hundert bis 20 000 Franken.

Laut dem VBS hat der Oldtimer-Bestand bei der Schweizer Armee in den letzten Jahren stark abgenommen. Gründe sind die Konzentration der Logistik-Standorte und die Reduktion der Lagerfläche.

Ausrangiertes Armeematerial kann am Mittwoch in Thun ebenfalls gekauft werden. Zu festen Preisen werden Küchen- und Werkstatt-einrichtungen, Gummiboote und Textilien feilgeboten, darunter auch Neuwertiges.

In den letzten Jahren ist die Armeefahrzeug-Gant jeweils von rund 10 000 Personen besucht worden. (sda)

Zwischen Theorie und Praxis

Universitäts- und Wirtschaftsvertreter diskutierten über die **Universität als Unternehmen**

Moderne Universitäten funktionieren wie Wirtschaftsunternehmen. Trotzdem bestehen zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft immer noch Meinungsunterschiede. Dies zeigt ein Podiumsgespräch an der Universität Bern.

MARTIN ZIMMERMANN

«Es möge doch der Kaufmann seinen Fuss nicht in die Tür der Universität stellen.» – Das Verhältnis zwischen den Universitäten und der Wirtschaft ist traditionsgemäss schlecht, wie dieser Spruch aus dem 19. Jahrhundert veranschaulicht. Auf diesen Umstand wies auch Professor Rainer Schwinges hin. Der Dozent für mittelalterliche Geschichte an der Uni Bern moderierte am Mittwochabend im Haus der Universität ein Podiumsgespräch. Dieses beleuchtete das «Unternehmen Universität» aus verschiedenen Perspektiven. Universitäten seien Unternehmen

trotz historischen Animositäten in den letzten Jahren immer ähnlicher geworden, so Schwinges: «Eine moderne Universität funktioniert heutzutage weitgehend wie ein Unternehmen.» Im Zuge der Bologna-Reform habe man die universitäre Ausbildung zunehmend ergebnisorientiert ausgerichtet. Forschern um des Forschens willen sei selten geworden, wie der Moderator erklärte. Dies habe bei Dozenten und Wissenschaftlern die Befürchtung geweckt, sie könnten ihre Forschungsfreiheit verlieren.

«Sind sehr individualistisch»

Auf solche Bedenken sei er als Direktor der Grazer Karl-Franzens-Universität (KFUG) ebenfalls gestossen, bestätigt Gastreferent Professor Alfred Gutschlhofer. Als sich das österreichische Bildungsministerium 2003 fast vollständig aus sämtlichen Hochschulen des Landes zurückzog, habe die Universität innerhalb von drei Jahren lernen müssen, sich vollständig selbst zu verwalten. Um das zu bewerkstelligen, habe man unternehmerisch denken müssen, wie der Direktor erklärte. Analog zur Wirtschaft habe man ein Geschäftsmodell aufgestellt, habe sich gefragt, welche Zielgruppen man bedienen und welche Leistungen man anbieten wolle, sagte Gutschlhofer. «Wir mussten auch unsere Standortvorteile nutzen.» Aufgrund der hohen Universitätsdichte in Graz – auf 250 000 Einwohner kommen vier Universitäten – habe man beschlossen, verstärkt mit anderen Unis zu kooperieren und manche Institute, wie die medizinische Fakultät, auszugliedern, so Gutschlhofer. «Das gefiel natürlich nicht allen. Wir sind sehr individualistisch an der Uni.»

Zwischenzeitlich seien die Massnahmen weitgehend auf Akzeptanz gestossen, so der Direktor. Als reine Erfolgsgeschichte wollte er sie trotzdem nicht verkaufen: «Wir haben noch nicht einmal die Hälfte unseres Effizienzpotenzials genutzt.» Gutschlhofer kritisierte insbesondere die österreichische Bildungspolitik. Diese habe es schlicht versäumt, klare Zielvorhaben an die Universitäten zu richten. Diese sei-

en zwar reformiert, wie Gutschlhofer sagte. Wohin die Reise gehen solle, bleibe aber unklar.

Konsequenter an der Praxis

Ein konkretes Ziel der universitären Ausbildung nannte Gastreferent Jürg Segmüller. Der Direktor der Credit Suisse in Bern forderte von den Universitäten Ausbildungen, die konsequenter an der Praxis orientiert seien. «Der Graben zwischen Theorie und Praxis muss geschlossen werden.» Universitäten dürften sich nicht nur darauf festlegen, Wissen zu produzieren, sondern müssten auch soziale Kompetenzen wie Teamfähigkeit oder kommunikative Fähigkeiten fördern. Zudem müssten sie grösseren Wert auf die Weiterbildung legen: «Wir wollen nicht nur Topleute beim Eintritt in ein Unternehmen, sondern auch 20 Jahre später.» Dem entgegnete Gutschlhofer, die Universitäten könnten nur Grundlagenwissen vermitteln. Der Rest sei branchenspezifisches Wissen, das nur die einzelnen Betriebe vermitteln könnten, zum Beispiel via Praktika.

Erster Prozess unterbrochen

THUN Kaum hatte der erste Prozess in der Sex-Affäre rund um den FC Thun begonnen, wurde dieser auch schon wieder unterbrochen. Gestern musste ein ehemaliger oder aktiver Spieler des FC Thun vor der Einzelrichterin erscheinen, dies war der erste von sieben Terminen bei der Einzelrichterin. Nach der ersten Einvernahme wurde die Verhandlung abgebrochen, wie das Gericht in Thun gestern mitteilte. Die Hauptverhandlung und die Urteilsöffnung wurden auf einen unbekanntem Termin verschoben. Wie bei der ersten Einvernahme wird die Öffentlichkeit auch bei der Hauptverhandlung ausgeschlossen sein. Die Urteilsöffnung soll hingegen öffentlich sein. Der nächste bekannte Termin ist der 2. Mai. An diesem Tag muss sich ein weiterer ehemaliger oder aktiver Spieler des FC Thun vor der Einzelrichterin verantworten. Die Anschuldigungen lauten auf mehrfache sexuelle Handlungen mit einem Kind. (ba)

KURZ

Nächtliche Suchaktion nach einem Knaben

BIEL In der Nacht auf Donnerstag hat die Polizei im Gebiet Biel-Mett eine mehrstündige Suchaktion nach einem neunjährigen Knaben durchgeführt. Der Junge war am Abend nicht nach Hause zurückgekehrt, worauf die Polizei die grosse Suche startete. Sie setzte auch einen Helikopter ein, was in der näheren Umgebung zu erhöhtem Lärm führte. Kurz nach 5.30 Uhr wurde der Knabe bei einer anderen Familie wohlbehalten aufgefunden. Weitere Abklärungen seien im Gang, teilt die Polizei mit. (pkb)

Berner Herzforscher erhält hohe Auszeichnung

UNIVERSITÄT Der Herzforscher André G. Kleber vom Institut für Physiologie der Universität Bern ist von der renommierten amerikanischen Heart Rhythm Society mit dem Distinguished Scientist Award ausgezeichnet worden. Kleber ist erst der dritte Europäer, der diesen Award erhält. Verliehen wurde ihm die Auszeichnung für neue Erkenntnisse im Bereich grundlegender Mechanismen der elektrischen Impulsausbreitung im Herzen und der Herzrhythmusstörungen. (pd)

FDP portiert Urech

BURGDORF Die FDP Burgdorf hat an ihrer Mitgliederversammlung Gemeinderat Peter Urech als Kandidaten für das Stadtpräsidium vorgewählt, wie er auf Anfrage sagte. Urech wird sich am 20. Mai dem Nominationsverfahren des bürgerlichen Lagers stellen. FDP, SVP und die Wirtschaftsverbände wollen sich für die Gemeindewahlen im November auf eine gemeinsame Kandidatur für das Stadtpräsidium einigen. Von SVP und Wirtschaftsverbänden wurden bisher keine Vornominations bekannt. Auch SP und GFL streben eine gemeinsame Kandidatur an. Die Nominationsversammlung des rot-grünen Lagers findet am 4. Juni statt. (al)

Solaranlage auf Schulhausdach

LANGNAU Auf dem Dach der Sekundarschule soll eine Fotovoltaikanlage zur Produktion von Solarstrom entstehen. Die Gemeinde wird das Dach der Vereinigung Energie Plus kostenlos für 25 Jahre zur Verfügung stellen, wie der Gemeinderat mitteilt. Die Anlage soll wenn möglich noch in diesem Jahr erstellt werden. Sie wird pro Jahr 30 000 Kilowattstunden produzieren, was dem Stromverbrauch von rund sieben Einfamilienhäusern entspricht. Die Vereinigung Energie Plus mit Sitz in Langnau fördert umweltfreundliche Energie und hat schon verschiedene Projekte realisiert. Sie ist gemeinnützig orientiert und finanziert sich unter anderem über Darlehen und Spenden. (al)